

Der Bundestag im Forum Köpenick

Den Abgeordneten des Deutschen Bundestages steht seit vielen Jahren als Mittel der Öffentlichkeitsarbeit eine Wanderausstellung zur Verfügung. Hier werden wesentliche Informationen über Aufgaben und Arbeitsweise des Parlament und der Abgeordneten vermittelt.

Vom 07. bis 11. Juli 2015 wird die Ausstellung auf Initiative von Matthias Schmidt täglich ab 10:00 Uhr im Forum Köpenick, Bahnhofstraße 33-38, 12555 Berlin, präsentiert.

Am 6. Juni um 17 Uhr, wird er gemeinsam mit Wolfgang Bosbach, Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender des Innenausschusses, die Ausstellung eröffnen.

Für Schülerinnen und Schüler besteht die Möglichkeit für eine separate Führung durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Deutschen Bundestag.

Anmeldung für Schulkassen unter 030-53609950.

Inhalt

Verbesserung der medizinischen Versorgung

Das Versorgungsstärkungsgesetz Seite 2

Bessere Unterstützung am Lebensende

Hospize und Palliativversorgung Seite 3

Abschied vom Fraktionsvorsitz

Respekt für einen Kollegen Seite 3

Ehe für alle?

Gleichstellung für homosexuelle Paare Seite 4

Wissen Sie es?

Brunch zu gewinnen Seite 4

Sommer, Sonne, Strand...

Abschalten, zurückblicken, Kraft tanken



Foto: Seeholmer Kreis

Jede Jahreszeit hat eine Phase, in der die Ernsthaftigkeit nachlässt. Eine Zeit, die uns aufblicken und unser Tun mit etwas Distanz betrachten lässt. Die Karnevalszeit im späten Winter, der erste April im Frühjahr, die Suche nach dem Unwort des Jahres. Und im Sommer? Da haben wir das „Sommerloch“. Es klingt nach Leere, inhaltlich und personell. Keine Themen? Keiner da?

Es ist wie die Siesta im Süden, wenn es zu heiß ist zum Arbeiten. Eine Zeit der Ruhe und der Erholung, eine Zeit für Freunde und Familie. Eine wichtige und unverzichtbare Zeit. Darf ich Ihnen einen Rat geben, den ich versuche selbst zu befolgen? Seien Sie nicht immer erreichbar! Schalten Sie Ihr Handy aus und lassen Sie Ihre E-Mails unbeantwortet.

Die Arbeitswelt verändert sich rasant. Digitale Agenda, Web 4.0., eine Aufgabe, der wir uns in den nächsten Jahren stellen. Ein Aspekt der zunehmenden Digitalisierung der Arbeitswelt ist die ständige Erreichbarkeit. Diese kann ein Segen sein, wenn es um Notfälle und schnelles Handeln geht. Diese ist ein

Fluch, wenn ständige Erreichbarkeit mit ständiger Verfügbarkeit gleichgesetzt wird.

Vielleicht findet unser Sommerloch in Griechenland statt? Vielleicht am Müggelsee, wo endlich die Betonkante abgerissen und der Uferbereich renaturiert wird? Vielleicht bei Sommercamps und Trainingslagern, wo sich viele Ehrenamtliche engagieren und ihre freie Zeit mit anderen Menschen verbringen? Eltern entlasten und Kindern und Jugendlichen schöne Ferienerlebnisse bescheren. Dieses Engagement verdient großen Respekt!

Mein Team und ich werden die Sommerzeit kreativ nutzen und mit weniger Hektik zurückblicken und die kommenden Themen vorbereiten. Meine Büros sind besetzt und wir haben ein Ohr für Ihr persönlichen Sorgen und Anliegen. Wir werden da sein.

Ihr
Matthias Schmidt

Verbesserung der medizinischen Versorgung

Bundestag beschließt GKV-Versorgungsstärkungsgesetz



Foto: Dementia Wirbelsäulenzentrum / pixelio.de

Lange Wartezeiten aufgrund des Fachärztemangels

Der Bundestag will mit einem Gesetzesentwurf Patientenrechte stärken und die ärztliche Versorgung, vor allem in strukturschwächeren Regionen verbessern. Auch in Berliner sind die Ärzte ungleich auf die Bezirke verteilt.

Bereits im Juni hat die große Koalition das Versorgungsstärkungsgesetz beschlossen, um die flächendeckende Gesundheitsversorgung für gesetzlich Versicherte zu verbessern. Dabei konnte die SPD-Bundestagsfraktion in der parlamentarischen Beratung wichtige Veränderungen durchsetzen, um Probleme bei der ärztlichen Versorgung beseitigen zu können.

Lange Wartezeiten bei Fachärzten

Die Probleme sind bekannt. Es mangelt besonders an Fachärzten. Der Versuch einer Terminvereinbarung endet oftmals ernüchternd. Monatlanges Warten wird vorausgesetzt. Um dem entgegen-

genzuwirken, werden Versicherte bei einer Überweisung künftig innerhalb von vier Wochen einen Termin bei einem Facharzt erhalten. Dafür ist vorgesehen, bei der Kassenärztlichen Vereinigung Terminservicestellen einzurichten.

Sollte bei einer niedergelassenen Fachärztin oder einem Facharzt kein Termin zu bekommen sein, wird ein ambulanter Termin in einem Krankenhaus oder medizinischen Versorgungszentrum (MVZ) vermittelt. Zusätzlich sind Sprechstunden für psychisch Erkrankte geplant, um deren Akutversorgung zu verbessern.

Darüber hinaus werden Patienten künftig einen Anspruch auf eine ärztliche Zweitmeinung bekommen, um beispielsweise vor medizinisch nicht notwendigen Eingriffen geschützt zu werden.

Medizinische Versorgung verbessern

Mit einem weiteren Problem sehen sich derzeit vor allem Alleinstehende oder Angehörige allein gelassen. Oft können Patienten, die keine anerkannte Pflegebedürftigkeit haben nach einem Krankenhausaufenthalt zu Hause nicht ausreichend versorgt werden. Hier wird es einen Anspruch auf eine neu zu schaffende pflegerische Übergangsvorsorge in einer stationären Pflegeeinrichtung – ähnlich der Kurzzeitpflege – geben.

Außerdem wird die medizinische Versorgung im Anschluss an einen Krankenhausaufenthalt verbessert werden, indem Patienten bei ihrer Entlassung mit notwendigen Medikamenten, einer Krankschreibung oder der Fortsetzung einer Heilmittelversorgung für die ersten Tage versorgt werden.

Neue Bedarfsplanung

Auch in Treptow-Köpenick gibt es einen Fachärztemangel. Die neue Bedarfsplanung ist eine Chance diesen anzugehen.

Laut Kassenärztlicher Vereinigung fehlen in Treptow-Köpenick besonders Chirurgen, Kinderärzte, Psychologen und Orthopäden. Am gravierendsten ist der Mangel an Anästhesisten. Bei Gynäkologen, Augenärzten, HNO, Hausärzten, Internisten und Urologen sieht es ähnlich aus. In anderen Berliner Bezirken hingegen gibt es eine Überversorgung. Deshalb soll die Planung künftig kleinflächiger erfolgen, damit nicht wie bisher über- und unterversorgte Regionen in einem Planungsgebiet liegen.

„Ich begrüße es, dass ein erster wichtiger Schritt gemacht wird, um künftig eine bedarfsgerechte Versorgung gewährleisten zu können. Nun kommt es darauf an, dass alle politischen Ebenen sich gemeinsam dafür einsetzen. Als Bundestagsabgeordneter für Treptow-Köpenick werde ich meinen Teil dazu beitragen“, so Matthias Schmidt.

Bessere Unterstützung am Lebensende

Ausbau der Hospize und der Palliativmedizin

Am 17. Juni hat der Bundestag einen Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung beraten.

Schwerkranke und sterbende Menschen benötigen in ihrer letzten Lebensphase die bestmögliche menschliche Zuwendung, Versorgung, Pflege und Betreuung. Das erfordert eine gezielte Weiterentwicklung der Hospiz- und Palliativversorgung. Die Palliativmedizin verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz der Pflege und Betreuung von schwerkranken Menschen, die nicht mehr geheilt werden können und deren Lebensende bevorsteht.

Zwar sind in den letzten Jahren beim Auf- und Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung bereits Fortschritte erzielt worden. Insbesondere in strukturschwachen und ländlichen Regionen fehlt es jedoch noch an ausreichenden Angeboten. Die Große Koalition hat sich deshalb das Ziel gesetzt, durch Stärkung der Hospiz- und Palliativversorgung in ganz Deutschland ein flächendeckendes Angebot zu verwirklichen.

Versorgungslücken werden geschlossen

Mehr als 1.500 ambulante Dienste, 200 stationäre Hospize, 250 Palliativstationen und 80.000 Ehrenamtliche kümmern und engagieren sich für sterbende Menschen. Dieses Engagement wird durch das Gesetz besser unterstützt. Zudem werden Versorgungslücken geschlossen.

„Auch in Treptow-Köpenick habe ich in den vergangenen Monaten das Thema Sterbehilfe umfassend thematisiert. Klar ist, die Hospiz- und Palliativversorgung muss verbessert werden, bevor es um die Sterbehilfe geht. Es hat sich in den vergangenen zehn Jahren eine Menge getan, 8.000 Ärztinnen und Ärzte haben sich als Palliativmediziner qualifiziert und 20.000 Pflegekräfte bilden sich weiter. In Treptow-Köpenick gibt es inzwischen drei Palliativmedizi-

ner. Dies kann jedoch nur ein Anfang sein“, so Matthias Schmidt.

Die wichtigsten Regelungen des Gesetzentwurfes

Die Palliativmedizin soll Bestandteil der Kassenleistung werden. Die sogenannte Spezialisierte Ambulante Palliativversorgung (SAPV) soll flächendeckend verbreitet werden. Die Krankenkassen werden dazu verpflichtet, die Patientinnen und Patienten bei der Auswahl von Angeboten der Palliativ- und Hospizversorgung individuell zu beraten.

„Die finanzielle Ausstattung stationärer Kinder- und Erwachsenen-Hospize muss verbessert werden“, sagte Matthias Schmidt. Dazu soll der Mindestzuschuss der Krankenkassen ansteigen.

Sterbebegleitung muss auch Bestandteil des Versorgungsauftrages der gesetzlichen Pflegeversicherung werden. Pflegeheime werden dazu Kooperationsverträge mit Haus- und Fachärzten abschließen. Ärztinnen und Ärzte, die sich daran beteiligen, erhalten dafür eine zusätzliche Vergütung.

Abschied vom Fraktionsvorsitz

Respekt für einen Kollegen

Gregor Gysi hat öffentlich erklärt, er werde im Herbst nicht wieder für den Fraktionsvorsitz kandidieren.

„Diese Entscheidung verdient meinen Respekt. Nur wenige Politikerinnen und Politiker finden aus freier Entscheidung den richtigen Zeitpunkt, ihren Abschied aus der aktiven Politik einzuleiten. Da Gregor Gysi sein Bundestagsmandat behält, können wir uns - wie bisher auch schon - gemeinsam für Treptow-Köpenick engagieren. Gregor Gysi bleibt für mich ein guter Partner im Einsatz für die bezirklichen Belange“, erklärte Matthias Schmidt.



Matthias Schmidt, MdB

Wahlkreisbüro Schmidts Ekke

Ekkehardstraße 1
12437 Berlin-Baumschulenweg
Telefon: 030 53 60 99 50
Fax: 030 53 60 99 49

Öffnungszeiten:

Montag:	11 bis 17 Uhr
Dienstag:	9 bis 15 Uhr
Mittwoch:	9 bis 17 Uhr
Donnerstag:	9 bis 15 Uhr
Freitag:	9 bis 15 Uhr
Samstag:	10 bis 13 Uhr

Wahlkreisbüro

Rathaus Friedrichshagen

im Grünen Haus
Bölschestraße 87/88
12587 Berlin-Friedrichshagen
Telefon: 030 22 01 38 11
Fax: 030 22 01 38 12

Öffnungszeiten:

Dienstag:	14 bis 18 Uhr
Mittwoch:	10 bis 14 Uhr
Donnerstag:	14 bis 18 Uhr
Freitag:	10 bis 14 Uhr

Bundestagsbüro

Unter den Linden 50
10117 Berlin
Telefon: 030 22 77 48 33
Fax: 030 22 77 68 35

Postanschrift:

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

matthias.schmidt@bundestag.de
www.matthias-schmidt.berlin

Ehe für alle?

Berliner SPD-Bundestagsabgeordnete fordern Gleichstellung für homosexuelle Paare



Foto: manwalk / pixelio.de

Die Regenbogenfahne als Symbol der Solidarität.

Die Iren haben es vorgemacht: Im Mai stimmten rund 62% der Bevölkerung für die eheliche Gleichstellung von homosexuellen Paaren.

Mit diesem Votum hat die irische Bevölkerung eine zeitgemäße Entscheidung für die Rechte von Homosexuellen getroffen. Der Deutsche Bundestag sollte sich diese Entscheidung zum Vorbild nehmen, um die Diskriminierung von Homosexuellen in der Frage der Eheschließung zu beenden.

Die eheliche Gleichstellung von homosexuellen Paaren ist schon lange ein wichtiges Ziel der deutschen Sozialdemokratie. Daher haben die sozialdemokratischen Berliner Bundestagsabgeordneten den Beschluss gefasst: „Ehe für alle – Geben Sie die Abstimmung im Deutschen Bundestag frei.“ . Wir appellieren an die Bundestagsfraktion der CDU/CSU die Abstimmung frei zu geben. Jeder Bundestagsabgeordnete soll-

te bei der Abstimmung seine eigene Überzeugung zum Ausdruck bringen können.

„Ziel sozialdemokratischer Politik ist die Vermeidung von Ungleichbehandlung. Daher muss auch bei der Ehe gelten: Gleiche Rechte für alle. Grundsätzlich gibt es in Deutschland eine große Akzeptanz der Ehe. Daher ist es unverständlich, dass diese Form der Partnerschaft bestimmten Menschen verweigert wird und es eine strukturelle Diskriminierung aufgrund von Lebensweise und sexueller Identität gibt“, so Matthias Schmidt.

Mit der Einführung der eingetragenen Lebenspartnerschaften wurde ein erster Schritt in die richtige Richtung getan, doch dies reicht bei weitem nicht aus. Um die ungerechte Behandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren zu beenden gibt es nur einen Weg: Die Öffnung der Ehe und die Möglichkeit

zur Adoption auch für homosexuelle Paare. Zwei Menschen die sich lieben soll man keine Steine in den Weg legen in der Frage wie sie ihr Leben führen wollen.

In der Bevölkerung wird kaum mehr zwischen Ehe und Lebenspartnerschaft unterschieden, dies zeigt, dass es in der Gesellschaft eine große Zustimmung für die gleichgeschlechtliche Ehe gibt. Dies muss sich auch im Deutschen Bundestag widerspiegeln. Die Bundestagsfraktion von CDU und CSU muss sich zum Koalitionsvertrag bekennen, indem der Abbau von Diskriminierung festgeschrieben ist. Hierzu muss das Stimmverhalten bei einer Abstimmung im Bundestag freigegeben werden, damit es eine große Mehrheit für die Öffnung der Ehe geben kann.

Wissen Sie es? Brunch zu gewinnen

Auf einer Strecke von insgesamt 32 Km kann man vom S-Bahnhof Köpenick bis zum Müggelsee auf den Spuren von Theodor Fontane wandeln. Dem Müggelsee widmete der Dichter in einem seiner Werke gleich ein ganzes Kapitel.

Wissen Sie welches Werk wir meinen?

Ihre Antwort an:

Matthias Schmidt, MdB

Ekkehardstraße 1

12437 Berlin

oder

matthias.schmidt@bundestag.de

Unter den richtigen Antworten werden zwei Gutscheine für den Inselbrunch im Restaurant Luise in Köpenick verlost. Einsendeschluss ist der 31. Juli 2015.

Sie wollen **die Zeitungs Ekke** per Mail erhalten? Schreiben Sie eine Mail an **matthias.schmidt@bundestag.de** und Sie erhalten sie stets zuerst.

SPD